DIE LINKE im Kreistag Heinsberg – Haushaltsrede 2019 zum Etatentwurf 2020 des Kreises Heinsberg

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, Bürgerinnen und Bürger. Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

Die Probleme werden nicht durch neue Information gelöst, sondern durch Neuanordnen dessen, was wir bereits seit langem gewusst haben.

Schrieb einst der Philosoph Ludwig Wittgenstein

Es ist wie es ist – ein Haushalt ist immer nur eine Momentaufnahme und es ist gar nicht selten, dass er schon in dem Augenblick, in dem er beraten wird, von der Wirklichkeit überholt wurde. Auch wenn sich die Zahlen ändern, die Prioritäten, die gesetzt werden, bleiben erhalten. Und auf die kommt es an.

Wir als Linke sehen diesen Haushalt aus einer etwas anderen Perspektive, als die meisten von Ihnen, denn wir müssen die Interessen der Menschen im Blick behalten, die uns gewählt haben und auch erwarten, dass wir für sie da sind.

Menschen mit kleinem Geldbeutel, Langzeiterwerbslose oder Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Alleinerziehende Mütter die von Hartz 4 leben oder Rentner mit Minirente. Diese Menschen haben kein Geld für den Weihnachtsmarkt oder ein Besuch im Theater, und ein Essen im Restaurant - schier unmöglich.

Im Gegenteil, sie sind auf Tafeln oder Suppenküchen angewiesen. Kleidung, Haushaltsgegenstände oder Möbel werden zunehmend in den Sozialkaufhäusern gekauft. Hier bei uns in Heinsberg ist immer häufiger zu beobachten, dass Menschen die Mülltonnen nach Flaschenpfand durchwühlen. Das ist nicht nur demütigend und entwürdigend für die Betroffenen, sondern zeigt einmal mehr das Versagen der Politik durch Umverteilung von fleißig nach reich.

Wir haben in unser letzten Haushaltsrede bereits darauf hingewiesen, dass die Zahl der Sozialwohnungen weiter abnimmt, weil die Mietpreisbindung ausläuft. Angebote für bezahlbaren Wohnraum gibt es immer weniger.

Es sind bereits mehr als 900.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung, ich wiederhole, ohne Wohnung. Diese verheerende Entwicklung wird sich auch auf den Kreis Heinsberg ausdehnen und ein Problem von unbekanntem Ausmaß werden. Wie das dann gelöst werden soll, da dürfen wir gespannt sein.

Wir begrüßen die Weiterentwicklung der Mobilität im Kreis Heinsberg. Den Beschlussvorschlag im Ausschuss für Umwelt und Verkehr zur Erweiterung der Bedienzeiten des MultiBus-Systems befürworten wir.

Leider steigen die Kosten für den ÖPNV. Daraufhin wurden und werden die Fahrpreise vielerorts so erhöht, dass sich immer mehr Menschen ÖPNV-Fahrten nicht mehr leisten können. Insbesondere Hartz 4 Empfänger haben darunter zu leiden. Ein immer schlechter werdendes Angebot führt zu weniger Fahrgästen und damit zu weniger Einnahmen, die Angebote werden unrentabel, also muss das Angebot ausgedünnt werden.

Dabei gibt es durchaus Alternativen. Das bekannteste Modell, das in Deutschland praktiziert wird, ist das Semesterticket vieler Universitäten für ihre Studierenden. Damit finanzieren Studierende in Deutschland – unabhängig davon, ob sie Bus und Bahn selbst nutzen – vielerorts bereits mit diesen Pflichtbeiträgen den ÖPNV mit.

Ein anderes Modell ist das Projekt „Haushalts- und Bürgerabgabe“. Alle BewohnerInnen einer Kommune profitieren von einem Fahrscheinlosen Nahverkehr. Ohne den ÖPNV würde es zu einem Verkehrskollaps kommen. Daher ist die Erhebung einer Grundgebühr von allen EinwohnInnen für das Vorhalten eines ÖPNV Angebots gerechtfertigt.

Die Sonderabgabe bezieht sich auf die Einzelpersonen, die in der Stadt bzw. Kreis ihren Hauptwohnsitz haben. Dies ermöglicht einerseits eine gute Kalkulierbarkeit der Einnahmen sowie eine gleichmäßige Verteilung der ÖPNV-Kosten. Die Höhe der Abgabe würde sich an den ÖPNV Betriebskosten orientieren und könnte bzw. müssten sicherlich auch sozialpolitisch gestaffelt werden.

Die Vorteile eines ticketfreien ÖPNV bestehen vor allem darin, dass mit flankierenden Maßnahmen der Autoverkehr reduziert werden könnte, Mobilität auch für Menschen mit geringem Einkommen aufrechterhalten bzw. geschaffen werden kann und das für den Konsum verfügbare Einkommen insbesondere bei Geringverdienern steigt. Das fördert die Wirtschaft und vermehrt die Zahl der Arbeitsplätze (nicht nur beim ÖPNV)

Allerdings gibt es auch Nachteile. Bei einem Anstieg der Fahrgastzahlen muss auf jeden Fall in Infrastruktur und Fahrzeuge investiert und FahrzeugführerInnen eingestellt werden. Außerdem entfallen in Deutschland bei einem Nulltarif die Ausgleichzahlungen nach dem Personenbeförderungsgesetz für die ermäßigte bzw. kostenlose Beförderung von SchülerInnen, Auszubildenden und Menschen mit Behinderung – dies könnte allerdings vom Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene gelöst werden, wenn er den will.

Aber, es bleibt zunächst einmal abzuwarten, ob der öffentliche Dienstleistungsauftrag an die West Verkehr GmbH auf Dauer in Heinsberg erhalten bleibt.

Selbstverständlich begrüßen wir alle Maßnahmen, die zur Erreichung von mehr Umweltschutz im Kreis Heinsberg auf den Weg gebracht werden können.

Den Antrag der CDU Fraktion zur Hochwassergefahr an der Rur haben wir mit Interesse gelesen. Vielleicht ist für Sie an dieser Stelle interessant zu wissen, dass die unaufhaltsam fortschreitende Flächenversiegelung erschreckende Ausmaße annimmt.

Täglich werden in der Bundesrepublik ca. 70 ha vorher offener Landschaft versiegelt. Inzwischen ist jeder achte Quadratmeter davon betroffen. Der auf die Flächen auftreffende Regen fließt meist direkt in die Abwasserentwässerungssysteme. Es wird damit dem

natürlichen standortbezogenen Wasserkreislauf entzogen. Die Bevölkerung bekommt die Auswirkungen zu spüren. Immer häufiger treten sogenannte Jahrhunderthochwasser auf.

Diese spektakulären Überflutungen kosten die Gesellschaft und die einzelnen Betroffenen eine Menge Geld. Doch unmittelbar schmerzhaft für die Menschen und Unternehmen ist der sprunghafte Anstieg der Abwasser- und Entwässerungsgebühren.

Das in immer größeren Mengen anfallende Oberflächenwasser von befestigten Flächen muss abgeleitet und behandelt werden. Dazu sind erhebliche Investitionen und Unterhaltungs-/Bewirtschaftungskosten notwendig. Die Abwassergebührenzahler werden durch die Neuanlage von Kanälen und beim Bau von immer häufiger notwendig werdenden Querschnittserweiterungen zusätzlich belastet.

Und da der sogenannte Klimawandel auch Einzug in den Kreistag gehalten hat, möchte ich ein Thema dazu herausgreifen. Nämlich die Umweltzerstörung durch Tierprodukte. Ums gleich vorab zu sagen, NRW gehört zu den Bundesländern, die die höchsten Ausfuhren von Gülle vorzuweisen haben. Und sicher wissen Sie dann auch, dass die Gülle unser Grundwasser vergiftet. Die Nitratwerte steigen von Jahr zu Jahr und damit die Gefahr, an Krebs zu erkranken.

Die Produktion von Fleisch, Milch und Eiern gehört zu den führenden Gründen für den menschengemachten Klimawandel, den Artenrückgang, die Wasserverschmutzung und die Bodenverschmutzung.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) schreibt der Landwirtschaft 14,5 Prozent der weltweit ausgestoßenen Treibhausgase zu – dies ist der offizielle Wert seit 2013. Neuere Studien sprechen von einem Anteil von rund 30 Prozent.

Wir müssen dringend von der Massentierhaltung weg. Und es ist einfach unsäglich, welches Leid unsere Mitgeschöpfe erfahren müssen. Es ist zudem auch irre, dass in der brasilianischen Savanne und im bolivianischen Amazonasbecken 800.000 Hektar Regenwald abgeholzt worden sind hauptsächlich um dort Soja anzubauen. Nicht etwa, damit Veganer oder Vegetarier Soja als Ersatzprodukt konsumieren, sondern um es als Futtermittel einzusetzen.

Damit einher gehen Wasserverschwendung, Wasserverschmutzung, Schäden für Böden, und Luftverschmutzung durch Treibhausgase, die durch Massentierhalten erzeugt wird. Wenn wir wirklich etwas ändern wollen, müssen wir uns der Konsequenzen bewusst sein. Ein „weiter so“ wird diesen Planeten unwiederbringlich zerstören.

Im Vorbericht zum Haushaltsplan 2020 steht, dass die Liquidität des Kreises Heinsberg z.B. durch das historische Zinsniveau nach Einschätzung der Analysten sich kurz- und mittelfristig ändert. Dadurch sinken die Zinserträge des Kreises, und für die Liquidität des Kreises ist trotz aller Gegensteuerung ein wachsender Aufwand für Strafzinsen fällig. Das Risiko eines Haushaltssicherungskonzeptes für den Kreis Heinsberg kann lang- und mittelfristig nicht ausgeschlossen werden. Wir hoffen natürlich, dass es nicht soweit kommt, das wäre bitter und hat sicher unangenehme Konsequenzen zur Folge. Bitter wäre allerdings auch, wenn die SparerInnen durch die Negativzinsen ihr harterarbeitetes Geld verlieren und somit das Vertrauen der Menschen in die Politik weiter zerstört wird.

Ich möchte mich abschließend nochmal auf das Zitat von Wittgenstein beziehen. Schon lange weiß die Politik, dass es massiv an bezahlbaren Wohnraum fehlt, auch im Kreis Heinsberg. Mit dem schlüssigen Konzept hat man das Leid vieler Menschen dadurch vergrößert. Es ist für uns nicht erkennbar, dass sich etwas ändert. Deshalb stimmen wir dem Haushalt nicht zu.

Gruß- und Schlusswort

Wir möchten allen Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises, allen hier Anwesenden, aber auch ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches, gesundes sowie friedliches Neues Jahr wünschen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Silke Otten

Fraktionsvorsitzende Die Linke im Kreistag Heinsberg, den 17.12.2019